

Die Energiewende: Ein Projekt für Baden-Württemberg

Die CDU/CSU-geführte Bundesregierung hat die Energiewende auf den Weg gebracht. Sie beinhaltet den Umbau hin zu einer umweltverträglichen, sicheren und bezahlbaren Energieversorgung auf der Basis erneuerbarer Energien. Dieser Weg wird die Energielandschaft verändern. Es wird in Zukunft eine Mischung aus Zentralität und stärkerer Dezentralität geben. Dabei kommt Mittelstand und Handwerk, Land- und Forstwirtschaft, Bürgergenossenschaften, Stadtwerken, aber auch einem Unternehmen wie der EnBW eine zentrale Rolle bei der Umsetzung der Energiewende zu. Voraussetzung für das Gelingen des Projektes sind Forschung, Innovation und Pioniergeist in Verbindung mit einer ganzheitlichen Kommunikationsstrategie, um die Energiewende unserer Bevölkerung umfassend zu erläutern.

Baden-Württemberg ist das Land der Tüftler und Erfinder. Wir leben von der Vielfalt. Viele Zentren und ein starker ländlicher Raum prägen unser Land. Mittelstand, innovative Industrieunternehmen und Handwerk sind das Rückgrat unserer Wirtschaft. Wir haben die besten Ingenieure und Forschungseinrichtungen. Unsere Grundlage ist eine starke und aktive Bürgerschaft. Ein sparsamer Umgang mit Ressourcen und deren effizienter Einsatz sind unsere Markenzeichen.

Die **CDU** formuliert ihre Politik auf der Basis von Grundwerten. Dazu gehört die Bewahrung der Schöpfung genauso wie die Subsidiarität. Als Partei der sozialen Marktwirtschaft bekennen wir uns zu einer breiten Streuung des Eigentums. Dem technologischen Fortschritt stehen wir positiv gegenüber. Wir setzen auf den Einzelnen, nicht auf das Kollektiv. Uns ist es wichtig, Projekte - egal welcher Größe - nicht von oben zu verordnen, sondern gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern zu gestalten.

Damit ist die Energiewende ein Projekt für Baden-Württemberg und für die CDU Baden-Württemberg. Wir wollen die Chancen nutzen und die Energiewende mit den Bürgerinnen und Bürgern zu einem Erfolg und insbesondere zu einem Gewinnerthema für unser Land machen.

Deshalb sehen wir den Herausforderungen, die die Energiewende mit sich bringt, mit Zuversicht entgegen. Umweltverträglichkeit, Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit stehen dabei gleichberechtigt nebeneinander. Sie müssen zusammen gewahrt bleiben und erreicht werden, da sie essentielle Voraussetzungen für unseren Wirtschaftsstandort sind. Wir brauchen deshalb nicht nur die effektive Förderung der Stromerzeugung durch erneuerbare Energien, sondern auch den Ausbau von Netzen und Speichern und eine Effizienzrevolution. Wir werden diese Aufgaben mit Gestaltungskraft angehen.

1) Land der Tüftler

Baden-Württemberg ist das Land der Tüftler. Innovationen und Ideen können aber nur auf fruchtbarem Boden entstehen. Daher sind wir für verstärkte Investitionen in Forschung und Entwicklung. Hierbei spielen technische Erneuerungen

und Verbesserungen eine zentrale Rolle. Das KIT in Karlsruhe, das ZSW in Ulm und viele andere gehören zu den ersten Adressen in Europa, wenn es um die Weiterentwicklung erneuerbarer Energien und zukunftsweisender Speichertechnologien geht. Das kostet auch Geld. Wir fordern daher den weiteren Ausbau der Finanzierung von Hochschulen, die im Bereich der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energien forschen. Der Stiftungslehrstuhl für erneuerbare Energien an der Hochschule Aalen kann dabei Vorbild sein. Um diese Herausforderungen zu bewältigen, muss der Bund seine Investitionen in der Energieforschung mindestens in der gleichen Höhe aufrecht erhalten. Im Energie- und Klimafonds muss weiterhin eine Priorität auf Forschung gelegt werden.

2) Land des Mittelstands und der Industrie

Die Energiewende ist für viele mittelständische Unternehmen und Industrie aus Baden-Württemberg sowohl eine unternehmerische Chance als auch eine Herausforderung. Viele Unternehmen engagieren sich auf der einen Seite am Ausbau und der Entwicklung neuer grüner Technologien und profitieren von dem eingeschlagenen Weg; auf der anderen Seite sind sie auf wettbewerbsfähige Energiepreise und eine sichere Versorgung angewiesen. Deshalb ist es wichtig, ein besseres Energiepreismonitoring als Frühwarnsystem für zu stark steigende Industriestrompreise einzuführen.

3) Land der Häuslebauer

Baden-Württemberg ist das Land der Häuslebauer. Mit einer Eigentumsquote von rund 53 Prozent gehört Baden-Württemberg zu den Spitzenreitern unter den Bundesländern. Der Gebäudesanierung kommt bei der Erhöhung der Energieeffizienz eine Schlüsselrolle zu: In Deutschland entfallen 40 Prozent des Endenergieverbrauchs und ein Drittel der CO₂-Emissionen auf den Gebäudereich. Es gilt dieses erhebliche Einsparpotential zu nutzen. Die CDU/CSU-geführte Regierungskoalition hat eine Reihe von Maßnahmen für mehr Energieeffizienz auf den Weg gebracht. Besonders hervorzuheben ist der Dreiklang aus CO₂-Gebäudesanierungsprogramm, Mietrechtsänderungsgesetz und steuerlicher Förderung, der von enormer Bedeutung für mehr Energieeffizienz ist. Nicht nur Häuslebauer, sondern auch Handwerk, Industrie und Kommunen profitieren von diesen Maßnahmen. Die grün-rote Landesregierung muss deshalb ihre Blockadehaltung im Bundesrat gegen die steuerliche Förderung der Gebäudesanierung aufgeben.

4) Land der Sparer

Baden-Württemberger sind bekannt für ihre Sparsamkeit und einen effizienten Einsatz von Ressourcen. Deshalb ist Energieeffizienz unser Thema. Energiesparen ist mit dem sogenannten Top-Runner-Prinzip über Gebäude hinaus in der Industrie wichtig. Dieser Ansatz hilft vor allem unseren deutschen Herstellern. Die Fähigkeit, energiesparend zu produzieren, ist ein klarer Vorteil unserer Produkte gegenüber anderen Anbieterländern, etwa der Volksrepublik China.

Zur Effizienz gehört natürlich auch die Effizienz der Energieerzeugung. Deshalb fordern wir, dass die Kraft-Wärme-Kopplung eingesetzt wird, wo immer wirtschaftlich möglich. Die Produktion von Energie aus Geothermie, Biogas, Holz-

gas, Holzhackschnitzeln oder biogenen Reststoffen soll grundsätzlich so ausgelegt werden, dass Strom und Wärme erzeugt werden können.

Die Steigerung der Energieeffizienz ist insbesondere durch Programme zu fördern, die Markt- oder Investitionsanreize beinhalten.

5) Land der Vielfalt

Baden-Württemberg ist geprägt von städtischen Zentren genauso wie von einem starken ländlichen Raum. Zum Gelingen der Energiewende müssen Städte und der ländliche Raum zusammenwirken. Denn jeder weiß, dass der ländliche Raum die Standorte für die Windkraft und die Dächer für die Solaranlagen bietet – und nur auf dem Feld und im Wald finden sich ausreichende Ressourcen für die Bioenergie. Die Energiewende kann daher ohne Nutzung des ländlichen Raums nicht gelingen.

Die Wirkung der EEG-Umlage auf die Strompreise, der zunehmende Anbau von Energiepflanzen, der starke Zubau von Windrädern und nicht zuletzt der Ausbau des Stromnetzes sorgen dafür, dass die Energiewende auch kritisch diskutiert wird. Deshalb müssen wir die Weichen richtig stellen.

a) Erneuerbare Energien

Das EEG hat sich als erfolgreiches Markteinführungsmodell erwiesen. Der Anteil der erneuerbaren Energien am Strommix ist in den vergangenen Jahren auf über 20 Prozent angestiegen. Die Förderung der erneuerbaren Energien ist aber nicht als Dauersubvention angelegt. Gerade im Sinne der Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit muss die Marktintegration der erneuerbaren Energien verbessert und beschleunigt werden. Die erneuerbaren Energien müssen weiter kontinuierlich an die Wirtschaftlichkeit herangeführt werden.

In Baden-Württemberg setzen wir auf einen breiten Mix an erneuerbaren Energien. Dazu gehört die Nutzung der Wasserkraft und der Biomasse genauso wie die Geothermie und die Windkraft. Auch bei der ökonomisch vergleichsweise sehr effizienten Windkraft sehen wir in Baden-Württemberg noch erhebliche Ausbaupotentiale, die wir in einem intensiven Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern erschließen wollen. Bei der Nutzung der Biomasse sind Nahrungsmittel- und Energieproduktion und somit die Vielfalt der Kulturlandschaft in eine tragfähige Balance zu bringen. Landwirte können für Teller und Tank gleichermaßen produzieren.

b) Netze und Speicher

Ohne den Aus- und Neubau von Netzen wird die Energiewende nicht zu schaffen sein. Der Ausbau des Hochspannungsnetzes ist dabei von zentraler Bedeutung für Baden-Württemberg als Industrieland. Gleichzeitig setzen wir uns für einen koordinierten Ausbau auf bundespolitischer und europäischer Ebene ein. Dies ermöglicht auch Stromtransporte über die Grenzen Baden-Württembergs hinaus. Dabei darf die Diskussion nicht allein auf das Höchstspannungsnetz und den Stromtransport von Nord nach Süd reduziert werden. Auch das Mittel- und Niederspannungsnetz muss modernisiert werden.

Notwendig ist zudem der Ausbau intelligenter Verteilnetze und Zähler für den Zuwachs und die Systemintegration erneuerbarer Energien.

Um das Angebot aus Wind- und Sonnenenergie nutzen zu können, werden erhebliche Speicherkapazitäten notwendig. Baden-Württemberg ist mit seinen Pumpspeicherprojekten, Energieforschungsinstituten und innovativen Speicher- und Netztechnikunternehmen ein führender Standort für Speichertechnologien. Deswegen benötigen wir eine Speicher-Roadmap, um Speichertechnologien zur Marktreife zu führen. Wir fordern zudem ein Marktanreizprogramm für stationäre und – siehe Elektroautos – mobile Batteriespeicher sowie für „Power-to-gas“, um die dezentrale Erzeugung und Nutzung zu stärken. Auch der Abbau von regulatorischen Hemmnissen ist notwendig, damit Speichersysteme Marktreife erreichen.

c) Neues Marktdesign

Trotz des schnell wachsenden Anteils von erneuerbaren Energien benötigen wir noch für viele Jahre konventionelle Kraftwerke. Wir wollen erneuerbare und konventionelle Stromproduktion zusammenführen und nicht separieren. Anreize für den Bau neuer, dringend benötigter, flexibler und hocheffizienter konventioneller Kraftwerke müssen die Wechselwirkung mit den anderen Strommarktteilnehmern berücksichtigen (integrativer Ansatz) und marktwirtschaftlichen Prinzipien folgen. Wir sollten eine intensive Diskussion schon heute beginnen, um rechtzeitig Weichen zu stellen.

d) Internationale Wettbewerbsfähigkeit

Energieintensive Unternehmen, die im internationalen Wettbewerb stehen, sind auch in Zukunft zu entlasten, da wettbewerbsfähige Energiepreise eine zentrale Voraussetzung für den Industriestandort sind.

6) Autoland

Baden-Württemberg ist Autoland. Bei uns wurde das Automobil „geboren“. Wenn es jetzt neu erfunden wird, wollen wir wieder an der Spitze stehen. Bei uns hängt jeder sechste Arbeitsplatz vom Automobil ab. Diese Vorreiterrolle müssen wir sichern. Deshalb wollen wir die Weichen dafür stellen, dass die ökologischsten Autos in Baden-Württemberg produziert und in die ganze Welt exportiert werden. Wir wollen, dass erneuerbare Treibstoffe das Benzin der Zukunft werden. „Öko-Auto made in Baden-Württemberg“ – das muss unser Markenzeichen sein.

Baden-württembergische Institute und Unternehmen leisten Schlüsselaufgaben bei den Innovationen, die für die Elektromobilität mit Batterie oder Brennstoffzelle notwendig sind. Die Forschungsförderung für Elektromobilität im Energie- und Klimafonds darf deshalb nicht gekürzt werden. Zudem muss die starke Schaufensterregion „LivingLab BWe mobil“ auf ländliche Regionen ausgeweitet werden, denn gerade dort werden Menschen auf das Auto angewiesen bleiben. Zugunsten der Fahrzeugerprobung in den Schaufenstern und zugunsten des Markthochlaufs insgesamt muss außerdem die Benachteiligung elektrischer Dienstwagen bei der Einkommensteuer schnell ausgeglichen werden. Deswei-

teren müssen Elektrofahrzeuge beim kommenden Marktanreizprogramm für dezentrale Stromspeicher eine wichtige Rolle spielen. Auch ist eine konsequente Verknüpfung mit erneuerbaren Energien sicherzustellen. Nur mit diesen Maßnahmen ist die Elektromobilität der Netzintegration und der Speicherung dienlich, schützt das Klima und findet Kundenakzeptanz.

Zuletzt muss die Mobilität der Zukunft verkehrsträgeroffen und technologieunabhängig angegangen werden. Das heißt unter anderem, dass bei den Stromspeichern Batterie- und Brennstoffzellenelektrik gemäß ihrem Potential berücksichtigt werden. Neben dem Automobil müssen auch andere Verkehrsträger stärker berücksichtigt werden. Dazu gehören die Ansätze zur elektrischen Schifffahrt auf dem Bodensee sowie die Elektrifizierung verbleibender Bahnstrecken im Land.

7) Bürgergesellschaft

In Baden-Württemberg haben wir aktive und engagierte Bürgerinnen und Bürger und eine ausgeprägte Bürgergesellschaft. Auch die Energiewende werden wir zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern umsetzen. Dafür brauchen wir eine frühe und umfassende Bürgerbeteiligung sowie eine umfassende Informationsstrategie, denn die dezentrale Erzeugung erneuerbarer Energien ist für die meisten Menschen in der Fläche deutlich spür- und sichtbarer als eine auf wenige Großkraftwerke konzentrierte Energieversorgung. Dem Informationsbedarf unserer Bürgerinnen und Bürger ist dabei aktiv Rechnung zu tragen.

Eine möglichst umfassende Bürgerbeteiligung wollen wir auch bei den Eigentumsverhältnissen der Energieanlagen. Auch das wird zur Akzeptanz der Energiewende beitragen. Bürgergenossenschaften machen deutlich: Energieerzeugung ist nicht Angelegenheit und Gewinnchance für wenige Konzerne, sondern jede Bürgerin und jeder Bürger kann sich beteiligen. Das führt zu Akzeptanz und Konsens für dezentrale Energieerzeugung vor Ort und leistet einen wichtigen Beitrag zu einer eigenverantwortlichen Bürgergesellschaft. Von Bau und Wartung der Anlagen profitieren zudem Mittelstand und Handwerk. Gewinne aus dem Betrieb der Anlagen erhöhen die Steuereinnahmen der Kommunen – und kommen damit wiederum den Bürgerinnen und Bürgern zu Gute. All das zeigt: Die Energiewende ist ein Bürgerprojekt. So wollen wir sie zum Erfolg bringen.

8) Energiepolitik aus einer Hand

Die vor uns liegenden Aufgaben müssen gebündelt werden. Nur so kann eine beschleunigte Energiewende mit den Prämissen Zukunftsfähigkeit, Sicherheit und Bezahlbarkeit zum Erfolg geführt werden. Die Zuständigkeit, die heute auf sechs Ministerien verteilt ist, ist in einem Ministerium und damit in einer Hand zu bündeln. Auch mit der zunehmenden Bedeutung der europäischen Ebene für die nationale Energiepolitik ist es notwendig, dass wir massiver als bisher unsere energiepolitischen Interessen in Brüssel vertreten. Auch dort gilt, dass eine einheitliche deutsche Stimme am meisten Wirkung hat. Deshalb sprechen wir uns zur Umsetzung der Energiewende für die Einrichtung eines Energieministeriums aus.